NATURSCHUTZ SICHERT ARBEITSPLÄTZE - UMWELTPOLITIK HILFT STAATSHAUSHALTE SANIEREN

Hubert Weinzierl

Im Rahmen eines Seminars über Naturschutz im Zeichen knapper Staatshaushalte zu sprechen birgt eine zweifache Gefahr in sich: Einmal, daß man aufzeigen möchte, wie sehr es im Bereich des Naturschutzes an allen Ecken und Enden an Geldmitteln fehlt, oder aber daß einem erwidert wird, man müsse heute schließlich überall sparen, also auch beim Naturschutz.

Ich will versuchen, nicht in dieses Lamento einzustimmen, sondern aufzuzeigen, daß in der Umweltpolitik höchst interessante Ansatzpunkte zur Sanierung der Staatshaushalte gegeben sind.

Ein unsinniges Argument allerdings möchte ich vorweg ausräumen: Daß man bei allgemeinen Sparbewegungen gleichmaßen auch im Naturschutz sparen müsse. Dies hieße bei den Almosen, nicht aber bei jenen Milliarden sparen, welche heute nach wie vor wider bessere Erkenntnisse gegen die Natur investiert werden.

Es erscheint wichtig, daß Naturschützer sich künftig mehr als zuvor mit Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik befassen, nachdem die Themen der Arbeitsplatzsicherung und des Wirtschaftswachstums neben der Friedensdiskussion unserer Tage den wichtigsten Platz in der aktuellen politischen Diskussion einnehmen.

Dabei erscheint es müßig darüber zu diskutieren, ob wir drei oder vier Prozent oder gar kein Wachstum brauchen, weil wir nämlich längst mit dem Nullwachstum leben müssen!

Vielmehr muß jetzt eine Phase qualitativer Wirtschaftspolitik eingeleitet werden, welche durch die Absage an Großstruktur und Gigatechnik oder bequemes Hochrechnen liebgewordener Gewohnheiten und der Verschwendung dazu in der Lage ist, *Arbeitsplätze* neu zu schaffen und zu sichern!

Dies geht nicht mit den Alternativen "Kernkraftwerke oder Arbeitsplätze", "Flughäfen und Autobahnen und Schifffahrtskanäle oder Arbeitsplätze", "Konsum und Wachstum oder Arbeitsplätze", sondern nur durch den Übergang in eine Wirtschaftsweise, welche den *Menschen* wieder zum Maß nimmt, anstatt

den längst zum Parasiten gewordenen Computer oder die Großtechnologie.

Ökosoziale Marktwirtschaft

Eine ökologische Wirtschaftspolitik, die sich dem großen Feld qualitativer Wachstumsbereiche zuwendet, kann mit marktwirtschaftlichen Disziplinen realisiert werden, sie gibt Investitionsimpulse in vielen Bereichen, vom Altglasrecycling über Altpapier, Altmetalle, Altöle und Autoreifen, von Abfallbörsen bis zu den völlig neuen Märkten des Energiesparens durch Wärmedämmung oder durch neue Technologien wie Wärmepumpen, Kohleveredelung, Wind- und Solartechnik, durch Lärmschutzmaßnahmen oder Innovationen bei der Automobilherstellung.

Dazu brauchen wir die "Neue Nationalökonomie", die sich weg von der unmenschlichen Ideologie des Gigantischen und Zentralen und hin zu den kleinen und mittleren Strukturen und den vielfältig vernetzten Systemen wendet. Eine Langzeitökonomie also, die nachmodernes Bewußtsein und progressiven Fortschritt gleichermaßen in sich birgt, indem sie die unvermehrten Güter Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen in die sozialen Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft einbaut, diese also gleichsam zur *ökosozialen Marktwirtschaft* erweitert! Wenn dabei Investitionssteuerungen in menschlichere und umweltfreundliche Alternativen gefordert werden, so kann dies, ohne Nullwachstum zu unterstellen, im Rahmen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und unter Schaffung viel hunderttausend neuer Arbeitsplätze geschehen. Die unbestrittenen Sachverständigengutachten hierfür liegen auf dem Tisch; einen Investitionsstau durch Umweltschutzaufgaben hat es nie gegeben, allenfalls haben Umweltschützer Fehlinvestitionen verhindert und alternative Märkte und Wachstumsbereiche aufgezeigt.

Verlagerung von Forschungsschwerpunkten und Investitionen

Einige Forderungen ergeben sich aufgrund dieser Überlegungen an die Politik: Es muß

eine Verlagerung der Forschungsschwerpunkte weg von den Großtechnologien und hin zu mittleren und kleinen Strukturen (Beispiel alternativer Energien oder arbeits- statt maschinenintensiver Technologien) erfolgen. Begonnene Forschungsansätze und Impulse (wie "Das Deutschlandsmodell" von Eduard PESTEL oder die Vorschläge für Alternativen in Wirtschaft und Technik, wie sie der Engländer E.F. SCHUHMACHER in seiner "Rückkehr zum menschlichen Maß" aufgezeigt hat), sind endlich weiter zu verfolgen. Die Tatsache, daß 30 Milliarden in die Entwicklung der Kernenergie, aber nur ein Tausendstel davon in die Solartechnik investiert wurde, spricht Bände!

Ganz besonders wichtig wäre aber für die Bundesrepublik Deutschland eine "Strategie gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise", wie sie vom Schweizerischen Nationalfonds als "NAWU-Projekt" in Auftrag gegeben wurde und anstelle der Ratlosigkeit unserer offiziellen Wirtschaftspolitik gangbare "Wege aus der Wohlstandsfalle" aufzeigt. Hans-Christoph BINSWANGER hat daraus das "Neue magische Dreieck der Wirtschaftspolitik" formuliert, das Umweltstabilisierung, Preisstabilisierung und Vollbeschäftigung zum Inhalt hat.

Die bislang geübte Investitionspolitik wird teilweise von unnützlich und parasitär gewordenen Administrationen gesteuert. Klassisches Beispiel dafür sind die landvergeudenden Bauverwaltungen, welche immer mehr Straßen, Autobahnen, Schifffahrtskanäle und Flughäfen bauen, obwohl unser Land erschlossen ist; oder Flurbereinigungsbehörden, welche den Bodenkonsum fördern und den Naturhaushalt zerstören; oder Wasserbaubehörden, die bis ans Ende der Tage an den Gewässern unserer Heimat herummanipulieren: Die Beispiele sind leider beliebig vermehrbar! Hiergegen bedarf es der Umschichtung von Investitionen dergestalt, daß sie von der Naturzerstörung in Nachholbereiche qualitativen Wachstums gelenkt werden (In den achtziger Jahren stehen allein in den obigen Bereichen etwa 200 Milliarden DM zur Disposition!); zum Beispiel

- zur Verringerung des Einsatzes von Rohstoff und Einsparungen von Energien (Wärme statt Elektrizität)
- zum Einsatz umweltfreundlicher Stoffe und Technologien (jährlich eine Milliarde Lärmschutzinvestition)
- zur Produktion langlebiger Güter
- zur Wiederverwendung von "Abfällen" als Rohstoff (Recycling)

- zur Schaffung dezentralisierter Technologien und Märkte, sowie kleiner oder mittlerer Strukturen.

Folgerichtig fordern wir auch, das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8.6.1967" (Stabilitätsgesetz) zu ändern, und zwar im Sinne einer Verzahnung von Wirtschafts- und Umweltpolitik. In der Zielformulierung des § 1 dieses Gesetzes muß neben die Forderung nach Stabilität des Preisniveaus und einem hohen Beschäftigungsstand die Forderung nach einer Stabilisierung des Naturhaushalts als ein den beiden erstgenannten Zielen gleichwertiger Gesetzauftrag treten.

Dies würde bedeuten, daß das derzeit vorrangige Ziel des Wirtschaftswachstums abgelöst wird vom Begriff des Wachstums der individuellen und kollektiven Wohlfahrt.

Die Einbeziehung der Umweltstabilität in die Wirtschaftspolitik macht auch notwendig, daß die traditionellen Komponenten der allgemeinen Wirtschaftspolitik, nämlich Geld- und Kredit- und Finanzpolitik ergänzt werden um den neuen Bestandteil Energiepolitik.

Nicht zuletzt muß bei allen wirtschaftspolitischen Überlegungen künftig die *Bevölkerungsentwicklung* mit beachtet werden, wobei in Wissenschaft und Politik jene Einsicht wächst, die für den Ökologen ein selbstverständliches Naturgesetz ist: daß in überbevölkerten Lebensräumen sinkende Geburtenraten ein Gewinn sind und kein "Soziallasten-Chaos" zur Folge haben.

Leider hat die Bundesregierung noch keinerlei Ansätze für eine solche "Nationalökonomie der Vernunft" erkennen lassen; vielmehr wurde gerade beim Einsparen von Haushaltsmitteln im Energiebereich der Gedanke der Sparsamkeit pervertiert!

Naturschutz zum Nulltarif

Es ist im Verlauf der 70er Jahre wiederholt gefragt worden, was denn wohl eine helle Umwelt kostet und man hat sich auf 2 % vom Bruttosozialprodukt geeinigt. Die Bundesrepublik Deutschland steht mit 0,8 % relativ gut da gegenüber 0,2 % im übrigen Weltvergleich.

Diese geforderten 2 % vom Bruttosozialprodukt gelten jedoch in der Regel für den Bereich des technischen Umweltschutzes. Daneben gibt es aber auch eine ganze Menge von Maßnahmen des Naturschutzes, die zum Nulltarif durchgeführt werden können,

sei es durch Verzicht auf Eingriffsmaßnahmen, sei es durch Veränderungen herkömmlicher Investitionsgewohnheiten.

Wir Naturschützer gehören zu den seltsamen Mitbürgern, die den Finanzministern eigentlich nur Freude bereiten müßten, weil wir ihnen aufzeigen, wo Geld gespart, sogar mehrfach gespart werden kann.

Wenn beispielsweise in einem Bundesland sechs Millionen Mark für den Ankauf schutzwürdiger Gebiete vorgesehen sind, so kann man als Anwalt der Natur fordern, daß diese Almosen gegenüber den Milliarden der Naturvernichtung aufgestockt werden; handelt es sich doch allenfalls um den Gegenwert *eines* Autobahnkilometers!

Man kann aber auch – und dies ist in einer Zeit der gigantischen Staatsverschuldung und des knappen Geldes sicherlich kein staatsfeindliches Denken – aufzeigen, wo Geld *und* Natur eingespart werden könnte. Wenn zum Beispiel ein überflüssiges Autobahnstück von 100 km Länge gestrichen wird, ist der positive Effekt (verglichen mit den Feigenblättern um sechs Millionen Mark) ein mehrfacher, weil damit das Hundertfache an Mitteln gespart wird, weil tausend Hektar Land, Lebensraum und Lebensgrundlage nicht betoniert werden und weil darüber hinaus Mittel frei werden, die in qualitative, geschellere und arbeitsplatzschaffende Bereiche umgeschichtet werden können.

Zur Zeit werden noch immer etwa siebenhundert Mark von Bund und Ländern *gegen* die Natur investiert, ehe eine Mark für die Erhaltung des Naturhaushalts im weitesten Sinne bereitgestellt wird.

Geld- und Natursparen in der Verkehrspolitik

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der Verkehrspolitik ist die Umschichtung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau zugunsten der öffentlichen Nahverkehrseinrichtungen. Der Bundesverkehrsminister hat gerade gutachtlich nachweisen lassen, daß auf diese Weise ein arbeitsplatzschaffender Effekt enormen Ausmaßes gegeben ist: wenn in den Bau von Bundesautobahnen 100 Millionen Mark investiert werden, so werden damit 1.600 Arbeitskräfte beschäftigt. Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs sind es aber bereits 2.000 Arbeitsplätze bei zusätzlicher Mittelmobilisierung im kommunalen Bereich und bei Einsparung von Landflächen sowie Verbesserung der Umweltqualität.

Es liegt nahe, die gigantische Fehlinvestition des Rhein-Main-Donau-Kanals wieder ein-

mal ins Gespräch zu bringen, wobei ich dabei lediglich ökonomisch argumentieren möchte: Wenn der bayerische Wirtschaftsminister z.B. sagt, daß sich eine solche Investition erst viel später rentiert als beispielsweise für die Straßen oder Eisenbahn, so wäre es doch eine Forderung der Logik, im Zeichen knapper Staatshaushalte sinnvoller begonnene Fernstraßenprojekte zu Ende zu bringen, anstatt neue, sowohl ökonomisch wie ökologisch unverantwortbare Entscheidungen zu treffen.

Wenige Tage vor den entscheidenden Verhandlungen im Bundestag schlug der Bund Naturschutz noch einmal sein alternatives Verkehrskonzept für den ostbayerischen Raum vor: Anstelle weiterer drei Milliarden Mark in das unwirtschaftliche Kanalprojekt zu investieren, sollten besser die Streckennetze der Bundesbahn erhalten und die restlichen Autobahnabschnitte, denen der Bund Naturschutz zustimmt, fertiggestellt werden. Es sind dies vor allem die A 3 von Regensburg über Straubing nach Passau, die A 92 von Freising über Landshut nach Deggendorf und die A 90 von der Hölledau nach Regensburg sowie die A 93 nach Weiden. Die ohnedies knappen Haushaltsmittel wären für den ostbayerischen Raum auf solche Weise viel wirtschaftlicher angelegt und könnten über Jahre hinweg Arbeitsplätze in der Bauindustrie sichern.

Unsinnige Straßenpflege beenden

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der Verkehrspolitik bietet sich im Bereich der herkömmlichen Straßenpflegemaßnahmen an: Hier haben sich aufwendige Methoden und Verwaltungsapparate etabliert, die einfach keinerlei erkennbaren Sinn aufweisen. Die Tatsache, daß die Pflege eines Kilometers Bundesfernstraßen heute bereits 40.000 DM im Jahr kostet, ist doch geradezu beängstigend.

Ganze Ketten von Maschinen zum Mähen, Trocknen und Aufsaugen von Straßenböschungen wurden entwickelt und es wird diese Maschinerie ja auf eine geradezu schwachsinnige Weise durch deutsche Lande gehetzt, so als wäre es ein Unglück, wenn ein paar Wildkräuter, ein Heckenrosentrauch, Schmetterlinge und Wildobstbäume die Funktion einer Straßenböschung verändern könnten!

Hier liegt ein Feld von Sparmaßnahmen brach, das gleichzeitig ein aktiver Beitrag für den Artenschutz und für die Schaffung eines ökologischen Gitternetzes sein könnte! Oder haben sich auch hier bereits Verwaltungen

parasitär entwickelt, daß diese Pflegemaßnahmen zum Selbstzweck geworden sind?

Energie sparen und Arbeitsplätze schaffen

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages wagte aufzuzeichnen, welche Möglichkeiten sich bieten, Energie auf allen Stufen drastisch einzusparen, so dem teuflischen "Entweder-Oder" zu entweichen und einen dritten Weg zwischen Kohle und Kernkraft zu öffnen.

Eindringlich warnte der Sachverständigenrat für Umweltfragen vor der Ausweglosigkeit einer solchen Politik. In ihrem Sondergutachten "Energie und Umwelt", das dem Bundesinnenminister im April 1981 vorgelegt wurde, weisen die 12 Professoren recht offen auf die Langzeitgefahren hin, die uns bei massivem Einstieg in Kohle und Kernenergie ins Haus stünden.

Wenn aber der Trend "weg vom Öl" und "hin zur Kohle und Kernenergie" umweltpolitisch so problematisch ist, was bleibt dann?

Einzig und allein die *konsequente Nutzung energiesparender Technologien*. Die ausführliche Würdigung dieser "Energiequelle" ist das wohl größte Verdienst dieses Sondergutachtens, dem sich die Umweltverbände voll anschließen.

Neben der Verbesserung von Heizungsanlagen und Motoren sowie der Wärmedämmung ist es vor allem die Kraft-Wärme-Koppelung, die der Rat der Sachverständigen den Energiepolitikern ans Herz legt. Er weist auf die erheblichen Einsparungsmöglichkeiten bei der gemeinsamen Nutzung von Strom und Wärme hin sowie auf die Schadstoffentlastung, die gerade in den Ballungsgebieten mit dieser Technik erzielt werden könnte.

Gerade im kommunalen Bereich kann mit einer Strategie von Versorgungsinseln, also kleiner wärme-kraft-gekoppelter Netze, die zum um Zug zu einer großflächigen Versorgung führen, eine dezentrale, sichere und energiesparende Zukunftspolitik betrieben werden.

Und wer fürchtet, daß mit der Einführung der Energiespartekologie Arbeitsplätze verloren gingen, den verweisen wir auf eine Untersuchung "Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen" der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Dort wird von kompetenter Stelle aufgezeigt, wie sehr gerade im Bereich dezentraler und vernetzter Energietechnologien ein ungeheures Arbeitsplatzpotential liegt, welches humaner und sicherer ist als im Bereich von Atom- und Kohle-Stromfabriken.

Niemand geringeres als die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat nämlich festgestellt, daß eine Konzentration auf die verbesserte Energienutzung bei gleichen Investitionen mehr Arbeitsplätze schafft und unser Energieproblem schneller lösen hilft als die Kernenergie das könnte.

Zitat: "Alle technisch möglichen und wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen zur rationalen Energieverwendung und Nutzung der unerschöpflichen Energiequellen, insbesondere die arbeitsintensive Gebäudeisolierung ... würden die für die 80er Jahre drohende Gefahr hoher Arbeitslosigkeit beseitigen helfen und zugleich die Energieoptionen erweitern."

Kampf dem Verpackungsterror

Derzeit versucht eine interessierte Lobby durch massive Werbekampagnen die von Bundesregierung, Länderregierungen und Umweltverbänden forcierte Spar- und Recyclingbewegung zu unterlaufen und massiv für die Einwegverpackung Reklame zu machen.

Der Bund Naturschutz ruft daher die Verbraucher zu umweltbewußtem Einkaufen auf und bittet, alle Einwegverpackungen dort abzulehnen, wo Lebensmittel auch in Mehrwegverpackungen angeboten werden. Beispiele dafür sind Milch, Fruchtsäfte, Mineralwasser, Bier etc.

Entscheidend sollte für jeden Einzelnen bei seinem umweltbewußten Kauf folgende Überlegung sein:

6 % der Primärenergie, welche wir derzeit verbrauchen, wird durch das Verpackungsunwesen verbraucht. Dies bedeutet, daß wir uns den Streit um manches zusätzliche Kernkraftwerk ersparen könnten, wenn wir dem Verpackungsterror entgegenarbeiten.

Kostenblockade durch Großtechnologie

Gerade im Bereich der Energiepolitik wird immer offenkundiger, wie sehr die Großtechnik unsere Staatshaushalte belastet und keinen Spielraum mehr für die kleineren und menschlicheren Technologien und Strukturen läßt. Die Auseinandersetzungen um den Bau des schnellen Brütters oder die nichtgenutzte Abwärme aus Großkraftwerken stellen Beispiele der Verschwendung in Milliardenhöhe dar.

Hausgärten und innerstädtisches Grün

In dem Bestreben, dem Naturschutz zu dienen und gleichzeitig die Staatshaushalte, insbesondere aber die kommunalen Haus-

halte, zu entlasten, bietet das innerstädtische Grün große Möglichkeiten: Die Einstellung der Chemieanwendung, der maschinengerechten Rasenpflege und des Exotenkults können den Stadtkämmerern viele Millionen sparen. Ein wenig Wildnis in den Städten würde aber gleichzeitig die Artenvielfalt wieder in die Stadt zurückbringen und den Städter gleichzeitig an die Natur heranführen. Noch viel interessanter ist der Bereich der privaten Hausgärten, welche 600.000 ha Fläche in der Bundesrepublik Deutschland ausmachen und wichtiger Bestandteil des Gitternetzes ökologischer Zellen im Sinne des Artenschutzes werden sollten. Hier, wo keinerlei Produktionszwang herrscht, werden in einem jeden Jahr an Chemie und Energie 500 Millionen DM an doofes Einheitsgrün investiert. Allein durch Aufklärung kann folglich auch in diesem Bereich Naturschutz zum Nulltarif betrieben werden.

Naturschutz und Agrarpolitik

Nur scheinbar teuer sind die Forderungen, welche die Naturschützer im Zusammenhang mit Fragen der Agrarpolitik, beispielsweise im Rahmen der Novellierung des Bayerischen Naturschutzgesetzes erheben. Es ist nämlich nicht einsichtig, warum wesentlich höhere Geldbeträge zum Abbau von Überproduktionen bereitgestellt werden, wenn man für das Nichtproduzieren viel weniger Geld ausgeben müßte. Die Forderung nach der Schaffung eines Naturschutzfonds ist überfällig. Sie muß mit der nötigen Ausstattung Hand in Hand gehen. Fatal und unwürdig wäre, wenn es mangels einer großzügigen Ausstattung zum Wettlauf zwischen staatlichem Naturschutzfonds und privaten Verbänden um Spendengelder kommen müßte. Angesichts der schwierigen Haushaltslage glaubt der Bund Naturschutz, die ursprünglich genannte Summe auf wenigstens 5 Millionen Mark reduzieren zu können. Damit könnten zumindest die wichtigsten der geplanten Maßnahmen finanziert werden (Ankauf, Pflege, Entschädigungen). Das Fehlen des *Härteausgleichs* in der Novelle kann nicht hingenommen werden. Der Bund Naturschutz vertritt nachhaltig die Meinung, daß dort, wo die Gesellschaft berechnete Forderungen an den Grundelgentümer stellt, die über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehen und enteignungsgleichen Eingriffen gleichkommen, *Entschädigung gezahlt werden muß*. Damit verbunden sein sollten Überlegungen für Steuererleichterungen (z.B. Grundsteuerfreiheit) als flankierende Maßnahmen.

Mit dem Härteausgleich steht und fällt beispielsweise die richtungsweisende Regelung des Schutzes von Feuchtflecken (Art. 6 d), da zur Sicherung der wichtigsten von ihnen (ca. 20.000 Hektar in Bayern) etwa 3 - 4 Millionen Mark jährlich zwingend erforderlich sind. Hier stellt sich die Grundsatzfrage: Wollen wir nun ein verbal gut klingendes Naturschutzgesetz oder wollen wir tatsächlich den Schutz unserer Heimatnatur?

Was ist uns der Graureiher wert?

Die Erstellung Roter Listen und Forschungsaufträge über aussterbende Arten erscheinen uns auf Dauer für Artenschutz ein zu geringer Beitrag zu sein. Es ist hohe Zeit, daß wir uns die Frage stellen, was uns beispielsweise das Überleben des Graureihers wert ist.

Ich habe in meiner eigenen Teichwirtschaft einmal folgendes Beispiel durchgerechnet: Dort sind an 50 ha Teichen bis zu 48 Reiher gezählt worden. Ehrliche Erhebungen haben einen Ernteausfall im Werte von 5.000 DM ergeben. Rechnet man, daß es in Bayern aber 100 ähnliche Situationen gibt, so "kostet" der Graureiher insgesamt also 500.000 Mark.

Geht man davon aus, daß ein Teil dieser Ausfälle der üblichen Sozialpflichtigkeit unterliegt oder durch Abwehrmaßnahmen verringert werden könnte, so ergibt sich ein Geldmittelbedarf von jährlich 250.000 DM. Dies entspricht dem Gegenwert von 8 km Autobahnpflege. Wir müssen uns also die Frage stellen, ob uns die Rettung des letzten Großvogels in unserer Heimat soviel wert ist wie das Sauberhalten von 8 km Straßenrändern.

Die globale Haushaltslage

Man kann das Thema Umwelt im Zeichen knapper Staatshaushalte heute nicht ohne einen abschließenden Blick auf weltweite Vorgänge beschließen: Mittlerweile ist als Nachfolgebericht zu Global 2000 noch die Arbeit "Global Future - Es ist Zeit zu Handeln" erschienen.

Global 2000 war ja ein analytischer Bericht, während "Global Future" Handlungsrichtlinien, Konsequenzen aufzeigt, um den Teufelskreis von Bevölkerungswachstum, Ressourcenverknappung und Naturvernichtung zu durchbrechen.

Wederum waren Sachverständigenrat, Außenministerium und eine Vielzahl von Wissenschaftlern an der Studie beteiligt; aber die neue Regierung unter Ronald Reagan hat bekanntlich alle Experten entlassen und den Sachverständigenrat - und damit den Sachver-

stand – total ausgewechselt, politisch neu besetzt; jetzt ruht der Bericht in den Schubladen der Administration, was zwar viele Politiker, auch viele unserer amerikahörigen deutschen Politiker sichtlich freut – unserer gemeinsamen Erde indes immensen Schaden zufügt.

Dabei ist völlig unverständlich, wie gerade die Wirtschaftspolitik sich so reinrassig ökonomischen Argumenten verschließen mag, wie sie der "Global Future"- Bericht fordert:

- Verminderung von Konflikten
(oder *will* Reagan solche Konflikte vielleicht unter Neutronenaspekten?)
- Sicherung von Wohlstand und ökonomischem Fortschritt
- Schutz der Ressourcen, Rohstoffe und
- Vorsorge für Nahrungsmittel.

Offenbar greifen aber in unserer dekadenten Welt nicht einmal mehr so egoistische und ökonomische Zielsetzungen?

Interessant ist auch, daß der Bericht der Nord-Süd-Kommission zu denselben Vernetzungen von Energie-Rohstoffen-Ernährung-Bevölkerungswachstum-Rüstung und Entwicklungshilfe kommt und daß diese beiden Szenarien hinsichtlich des tödlichen Dreiecks

Bevölkerungslawine
Wirtschaftswachstum
Umweltzerstörung

völlig konform gehen!

Worauf warten eigentlich die Verantwortlichen dieser Welt noch?

Noch findet es die politische Führung in unserem Lande nicht für nötig, über diese letzte Frage der Weltgeschichte überhaupt zu diskutieren....

Dabei sind Global 2000 und Global Future keine revolutionären Berichte, weil Normaldenker und Ökologen dies schon vor Jahrzehnten so gesehen haben.

Neu ist auch bei uns, daß diese Tatsachen keiner mehr leugnet, wir, die Umweltverbände, haben kaum noch "Glaubensgegner", sondern man nimmt den bevorstehenden Welt-schlußverkauf eben so hin: "Hauptsache, der nächste Urlaub ist gesichert."

Birgt solche Denkweise nicht die Gefahr der Resignation und des Fatalismus in sich ... oder auch die Gefahr phantasieloser Berufung auf Friedrich Hölderlin, daß "wo Gefahr ist, auch das Rettende wächst"...

... es wächst sicher nicht ohne unser Zutun, Herr Hölderlin ist kein Freibrief für Kurzzeitdenker.

Nicht zuletzt sollte auch dies bedacht werden, wie sehr das, was heute unter dem Thema Friedenspolitik diskutiert wird, mit der weltweiten Vernetzung ökonomischer und ökologischer Abläufe zu tun hat: Handelt es sich doch bei dem, was heute als "Dritte-Welt-Problematik" oder "Nord-Süd-Gefälle" bezeichnet wird, ursächlich um Verteilungskämpfe im Schlußverkauf der Energien, Rohstoffe und Lebensräume auf unserer begrenzten Erde!

Um so dringender ist es, daß wir endlich einen Friedensvertrag mit der Natur abschließen.

Anschrift des Verfassers:

Dipl.Forstwirt Hubert Weinzierl
Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern e.V.
Parkstr. 6

8070 Ingolstadt

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Laufener Spezialbeiträge und Laufener Seminarbeiträge \(LSB\)](#)

Jahr/Year: 1981

Band/Volume: [8_1981](#)

Autor(en)/Author(s): Weinzierl Hubert

Artikel/Article: [NATURSCHUTZ SICHERT ARBEITSPLÄTZE - UMWELTPOLITIK HILFT STAATSHAUSHALTE SANIEREN 23-28](#)